

Bankenbrief - Ausgabe 2021-130

Das Thema

G20-Finanzminister beraten über Mindeststeuer

Seit heute treffen sich die Finanzminister der G20-Staaten in Venedig. Im Mittelpunkt der zweitägigen Gespräche stehen die Themen Mindestbesteuerung international aktiver Unternehmen sowie ein Mindestpreis für CO₂-Emissionen. Der deutsche Ressortchef Olaf Scholz zeigte sich kurz vor Beginn der Konferenz optimistisch für die Einführung einer Mindeststeuer von 15 Prozent. Es seien heute alle an Bord und er sei fest davon überzeugt, das werde auch so bleiben, sagte er heute in einem Interview. Auch mit Blick auf die Verweigerer einer weltweit gültigen Mindeststeuer innerhalb der Europäischen Union (EU) zeigte sich Scholz zuversichtlich. Ungarn, Irland, Estland und Zypern wollen dem Vorschlag bislang nicht zustimmen. "Ich bin überzeugt, dass wir am Ende zu einer gemeinsamen Entscheidung auch in der EU kommen werden, so war es jedenfalls bisher immer", betonte er. Auf Arbeitsebene haben sich bislang 131 Länder weltweit auf einen Steuersatz von mindestens 15 Prozent für international tätige Unternehmen und auf eine Neuverteilung der Besteuerungsrechte geeinigt. Die neuen Regeln sollen auch verhindern, dass Unternehmen ihren Sitz in Niedrigsteuerländer verlagern. Scholz kündigte zudem an, dass der deutsche Fiskus von einer Mindeststeuer profitieren wird: "Wir rechnen auch mit Mehreinnahmen, allerdings ist es etwas unseriös, bevor das letzte Komma an den internationalen Vereinbarungen festgelegt ist, einmal zu sagen, was das ganz genau sein wird, aber es wird für Deutschland auch um Milliarden zusätzliche Einnahmen gehen." Im Verbund mit seinem französischen Kollegen Bruno Le Maire forderte Scholz bei dem G20-Treffen, für eine engere Kooperation beim Klimaschutz und einen Mindestpreis für CO₂-Emissionen zu sorgen.

[deutschlandfunk.de] [Scholz-Interview](#)

[stern.de] [Video](#)

[tagesschau.de]

[welt.de]

Meldungen

Umfrage: Corona wird jetzt für Unternehmen gefährlich

Einer heute veröffentlichten Umfrage des Beratungsunternehmens AlixPartners unter Sanierungsexperten zufolge, gehen 96 Prozent der Berater, Banker und Anwälte davon aus, dass ihre Kunden in diesem Jahr noch mit den Folgen der Pandemie zu kämpfen haben. "Unternehmen gehen meistens nicht in einer Krise in die Insolvenz, sondern nachher, wenn sie das Geschäft wieder hochfahren", sagte AlixPartners-Experte Karsten Lafrenz. Die weitere Entwicklung hänge jedoch vor allem davon ab, ob es gelingt, die Verbreitung der Delta-Variante einzudämmen, fügte er hinzu.

[businessinsider.de]

SumUp macht knapp 387 Millionen Euro Umsatz

Das deutsche-britische Payment-Fintech SumUp hat erstmals Geschäftszahlen bekanntgegeben. Wie heute berichtet wurde, erzielte der Zahlungsabwickler im vergangenen Jahr einen Umsatz ("Gross revenue") von 387 Millionen Euro, was als sehr hoch eingeschätzt wurde. SumUp finanziert sein Wachstum vor allem über Kredite. Und das hat Folgen. Aufgrund der Zinszahlungen von 35 Millionen Euro im vergangenen Jahr wurde ein gemittelter Zinssatz von 10 Prozent errechnet.

[finanz-szene.de]

Mittelstandsfinanzierer Creditshef auf Wachstumskurs

Das Frankfurter Fintech Creditshef hat das Volumen seiner arrangierten Kredite im ersten Halbjahr 2021 gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 57 Prozent auf 71,8 Millionen Euro gesteigert. Heutigen Medienberichten zufolge sei das Wachstum vor allem auf eine verstärkte Kooperation mit Banken und Sparkassen zurückzuführen. Creditshef CEO Tim Thabe erklärte in einer Mitteilung, die Entwicklung verdeutliche, wie das wachsende Netzwerk rund um die Plattform an Fahrt gewinne.

[finanzbusiness.de]

Bankenbrief

Brexit: Großbritannien muss mehr an EU zahlen

Großbritannien muss für den Brexit deutlich höhere Ausgleichszahlungen an die EU zahlen als ursprünglich erwartet. Insgesamt werden 47,5 Milliarden Euro fällig, wie aus dem EU-Haushaltsbericht für 2020 hervorgeht, über den heute berichtet wurde. Die britische Haushaltsbehörde OBR hatte im März 2018 den Betrag auf lediglich 41,4 Milliarden Euro geschätzt.

[spiegel.de]

China senkt Kapitalanforderungen für Banken

Chinas Notenbank will der Wirtschaft des Landes mehr Schub geben. Daher gewährt sie Geldhäusern mehr Spielraum beim Ausreichen von Krediten. Die Notenbank kündigte heute an, dass Banken vom 15. Juli an weniger Kapital als Mindestreserve halten müssen. Damit sollen rund eine Billion Yuan (knapp 130,4 Milliarden Euro) an Liquidität freigesetzt werden. Der entsprechende Satz für die Mindestreserve wurde um 0,5 Prozentpunkte auf 8,9 Prozent gesenkt.

[boersen-zeitung.de]

Bankenverband: Einheitlichen Finanzbinnenmarkt forcieren



Der Bankenverband hat sich für die Schaffung eines wirklich europäischen Finanzbinnenmarkts ausgesprochen. Es müsse uniforme statt den aktuell vorherrschenden nationalstaatlichen Regeln geben, da ein einheitlicher Finanzbinnenmarkt eine wesentliche Voraussetzung für starke und wettbewerbsfähige pan-europäische Banken sei, hieß es in einem heute veröffentlichten Blogbeitrag. "Wo immer es sinnvoll ist, sollte die nächste Bundesregierung daher auf 'mehr Europa' drängen und bereit sein, dieses Europa tatkräftig zu unterstützen", fügte der Verband hinzu. Alle Vorschläge und Forderungen des Bankenverbandes lesen Sie hier:

[bankenverband.de]

Kapitalerleichterungen bei grünen Krediten



Um den Umbau der Wirtschaft in Richtung Treibhausgasneutralität zu forcieren, sollte die Politik positive Anreize sowohl für Unternehmen als auch für den Finanzmarkt schaffen. Dadurch könne schnell mehr Kapital in die Transformation der Wirtschaft gelenkt werden, heißt es in einem heute veröffentlichten Gastbeitrag von Torsten Jäger, Leiter Nachhaltigkeit des Bankenverbandes. Zum Beispiel könne die Politik Kredite, die der Finanzierung nachhaltiger Wirtschaftsaktivitäten dienen, aufsichtlich privilegieren und entsprechende "grüne Eigenkapitalerleichterungen" einführen. Den gesamten Beitrag lesen Sie hier:

[[bankenverband.de](https://www.bankenverband.de)]

Die Köpfe

Weidmann: Wollen weder höhere noch niedrigere Inflation

Bundesbankpräsident Jens Weidmann hat angesichts des neuen Inflationsziels der Europäischen Zentralbank (EZB) das Primat der Preisstabilität betont. "Die neue Strategie hilft der Geldpolitik, Preisstabilität für die Menschen im Euroraum zu sichern", teilte er heute mit. "Eine Inflationsrate von 2 Prozent in der mittleren Frist ist als Ziel klar und leicht zu verstehen. Wir streben weder niedrigere noch höhere Raten an. Das war mir wichtig." Die EZB hatte gestern ihre überarbeitete geldpolitische Strategie vorgestellt. Zumindest zeitweise will die EZB dabei auch dulden, dass die Zwei-Prozent-Marke moderat über- oder unterschritten wird.

[[finanzen.net](https://www.finanzen.net)]

IWF-Chefin treibt Reserveaufstockung voran

Die Chefin des Internationalen Währungsfonds (IWF), Kristalina Georgiewa, will die Pläne zur Aufstockung der Fondsreserven im Umfang von 650 Milliarden US-Dollar (550 Milliarden Euro) dynamisieren. Laut eines heutigen Zeitungsberichts wolle Georgiewa den Vorschlag nun dem Gouverneursrat,

Bankenbrief

dem obersten Leitungsgremium des IWF, vorlegen. Geplant sei, die Aufstockung bis Mitte August zu realisieren. Der Schritt wäre die stärkste Erhöhung der sogenannten Sonderziehungsrechte, der künstlichen Währung des IWF, in der Geschichte des Fonds.

[bloomberg.com]

Seelig verlässt Fintech Acatus

Marie Louise Seelig, bislang Chefin des Verbriefungs-Fintechs Acatus, hat ihren Rücktritt erklärt. Wie heute berichtet wurde, wünschen sich einige Investoren mehr Banking-Kompetenz in der Unternehmensführung. Deshalb sollen Marco Zimmermann, zuletzt "Head of Funding, Treasury" bei der Deutschen Bank, und Igor Smirnov, früherer Managing Director bei der Banco Santander, in die Acatus-Führung aufrücken. Sie werden laut einer Mitteilung von Acatus "den verbleibenden Geschäftsführer und Gründer Daniel Wigbers unterstützen".

[finanz-szene.de]

US-Notenbankerin Daly warnt vor Folgen niedriger Impfraten

Mary C. Daly, die Präsidentin des Federal-Reserve-Ablegers (Fed) in San Francisco, betrachtet niedrige Impfquoten als Bedrohung für die Weltwirtschaft. Vor dem Hintergrund der Verbreitung der Delta-Variante sei es wichtig für die Welt, höhere Impfraten zu erreichen, sagte Daly in einem heute erschienenen Zeitungsinterview. "Ich denke, eines der größten Risiken für unser zukünftiges globales Wachstum besteht darin, dass wir den Sieg über Covid-19 zu früh erklären", fügte sie hinzu.

[cash.ch]

Janice Hu leitet China-Geschäft der Credit Suisse

Die Schweizer Großbank Credit Suisse hat Janice Hu zur neuen Leiterin ihrer Aktivitäten in China befördert. Die bisherige stellvertretende Chefin folgt auf Zhenyi Tang, die das Geldhaus verlassen hat, wie das Institut heute mitteilte. Hu war zuvor auch Leiterin des dortigen Investmentbankings gewesen.

[kda1610.com]

Für Fondsmanager Norris sind Krypto-Währungen wertlos

Argonaut-Capital-CEO Barry Norris hat sich skeptisch in Bezug auf den Krypto-Handel geäußert. Seiner Ansicht nach seien alle Krypto-Währungen momentan grundsätzlich wertlos, sagte Norris einem heutigen Medienbericht zufolge. Er halte den Handel mit den digitalen Währungen für unterreguliert und die Aktien von Krypto-Börsen wie Coinbase für überbewertet, fügte er hinzu. Optimistisch zeigte sich Norris hingegen in Bezug auf Immobilienunternehmen in Europa und den USA.

[businessinsider.de]

Die Tweets des Tages

"Den europäischen Binnenmarkt vollenden." Wo immer es sinnvoll ist, sollte die nächste Bundesregierung auf "mehr Europa" drängen und bereit sein, dieses **#Europa** tatkräftig zu unterstützen. Warum, erklärt unser Kollege Kolja Gabriel **@BdBBussels** in seinem aktuellen Blog: **go.bdb.de/LYFwb** **#btw21**

[twitter.com]

Warum wir grüne Eigenkapitalerleichterungen brauchen, um den **#Klimaschutz** voranzutreiben, erklärt unser Leiter **#Nachhaltigkeit**, **@Tjaeger_berlin** heute **@boersenzeitung** **go.bdb.de/MQVHB** **#SustainableFinance** **#InvestGreen**.

[twitter.com]

Am Vortag meistgeklickt

EPI kostet wohl mehr als vier Milliarden Euro

Die Mitglieder der European Payments Initiative (EPI) diskutieren zurzeit sehr intensiv über das weitere Vorgehen. Wie heute unter Berufung auf Insider

Bankenbrief

berichtet wurde, rechnen die beteiligten Geldhäuser mit Kosten von bis zu 4,2 Milliarden Euro innerhalb der nächsten vier Jahre für den Aufbau eines eigenen, europäischen Bezahlsystems. Eine Entscheidung darüber soll im September fallen. Die EPI hat sich zum Ziel gesetzt, eine hiesige Alternative zu den großen US-Anbietern wie Mastercard, Visa oder PayPal zu entwickeln. Momentan hat die EPI 31 Banken und zwei Zahlungsdienstleister als Mitglieder. Aus Deutschland sind die Sparkassen, die Commerzbank und die Deutsche Bank dabei.

[handelsblatt.com]

Was die nächsten Tage wichtig wird

Am Samstag endet in Florenz das zweitägige Treffen der Wirtschafts- und Finanzminister aus den G20-Staaten. Auch EZB-Präsidentin Christine Lagarde und EZB-Direktor Fabio Panetta nehmen daran teil.

Der Nachschlag

So sind Sie auch am Montagmorgen fit

Wochenende, Ausschlafen, die Seele baumeln lassen. Wenn da nicht der Montagmorgen wäre. Pünktlich um 6.30 Uhr klingelt der Wecker. Der Arbeitsplatz ruft. Wer möglichst fit in die Woche oder den Tag starten will, sollte sich dann nicht nochmal umdrehen und fünf Mal die Snooze-Taste drücken. Denn der Wechsel zwischen Dösen und Aufwachen bedeutet Stress pur. Auch wenn es schwerfällt: Hände weg vom Internet. Auch Augen brauchen Entspannung. Warum auch Routinen und Frühsport einen fit für den Tag werden lassen, lesen Sie hier:

[capital.de]